

Entwicklungspolitische Ergebnisse der deutschen G7-Präsidentschaft 2022

Die **deutsche Präsidentschaft der „Gruppe der Sieben“ (G7)¹ 2022** stand unter dem Motto „Fortschritt für eine gerechte Welt“. Entsprechend trugen die Ergebnisse des **G7-Gipfels** in Elmau **eine klare entwicklungspolitische Handschrift**. Es ist darüber hinaus gelungen, die wichtigsten entwicklungspolitischen G7-Initiativen weiter international voranzutreiben (z.B. bei der Jahrestagung der Weltbank, beim Gipfel-Treffen der G20 sowie bei der 27. Weltklimakonferenz). Die **Umsetzung der Vereinbarungen** wird auch nach dem Präsidentschaftsjahr eine wichtige Aufgabe bleiben. Der G7-Vorsitz geht am 01.01.2023 an Japan über.

Die G7 unterstützen Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Überwindung der Folgen verschiedener Krisen:

Die Folgen der COVID-19 Pandemie, bedrohliche Ernährungsengpässe und steigende Lebensmittelpreise in vielen Teilen der Welt, Überschwemmungen und Dürren – die Weltgemeinschaft sieht sich mit vielfältigen und komplexen Herausforderungen konfrontiert. Diese zahlreichen Krisen haben die Welt bei der Erreichung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen um Jahre zurückgeworfen. Hinzu kommt Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der diese Krisen nochmals verstärkt.

Die deutsche G7-Präsidentschaft setzte sich vor diesem Hintergrund zum Ziel, die akuten Krisen gemeinsam zu bekämpfen, unsere Partnerländer im Globalen Süden bei der Überwindung der Folgen zu unterstützen und ihre Resilienz zu stärken, um künftigen Krisen vorzubeugen. Große Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang dem stetigen Austausch mit Partnerländern, insbesondere aus Afrika, und internationalen Organisationen beigemessen.

1. Die G7 unterstützen die Ukraine und ihre Nachbarländer beim Umgang mit den Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

Die **Folgen** des russischen Angriffskriegs gegen die **Ukraine** sind besonders für die Ukrainer*innen selbst sowie für die Bewohner*innen der direkten **Nachbarländer** der Ukraine **gravierend**.

Die G7 unterstützen die Ukraine dabei, auf **humanitäre, entwicklungspolitische und wirtschaftliche Auswirkungen des Kriegs** zu reagieren. Seit dessen Beginn im Februar 2022 wurden rund

¹ Die „Gruppe der Sieben“ (G7) ist ein informelles Forum führender Volkswirtschaften und Demokratien, das sich aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA und der Europäischen Union als überstaatliche Organisation zusammensetzt und regelmäßig zu internationalen Themen austauscht.

32,7 Mrd. USD an Budgethilfe gewährt bzw. vertraglich zugesichert. Für die Unterstützung Binnenvertriebener und den Wiederaufbau hat Deutschland bislang 450 Mio. USD zugesagt.

Bei der Ukraine Recovery Conference in Lugano im Juli 2022, an der mehrere G7-Staaten teilnahmen, wurden **die Weichen für einen nachhaltigen, reformorientierten Wiederaufbau der Ukraine gestellt**. Weitere Umsetzungsschritte wurden bei einer vom Bundeskanzler als G7-Vorsitz gemeinsam mit der EU-Kommission im Oktober 2022 in Berlin ausgerichteten Konferenz angetrieben. So wurde gemeinsam mit der Ukraine und internationalen Partnern eine inklusive und transparente Plattform auf den Weg gebracht, die die Aktivitäten bi- und multilateraler staatlicher und privater Akteure und Institutionen zum Wiederaufbau koordiniert.

Die G7 unterstützen die **Nachbarländer der Ukraine** mit Blick auf Krisenwiderstandsfähigkeit, Ernährungssicherung und eine sozial gerechte Energiewende, u.a. durch die Moldova Support Platform.

2. Die G7 gründeten das Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Auch unsere **Partnerländer im Globalen Süden** sind mit massiven Herausforderungen durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine konfrontiert, insbesondere mit Blick auf die **Ernährungssicherheit**.

Daher haben die G7 ihr Elmau-Ziel von 2015, **bis 2030 weltweit 500 Millionen Menschen aus Hunger und Mangelernährung zu befreien**, bekräftigt. Um dies zu erreichen, werden Entwicklungsgelder auf die Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen ausgerichtet mit dem Ziel, diese nachhaltig gegenüber wirtschaftlichen und klimatischen Schocks zu stärken.

Als Antwort auf die weltweite Nahrungsmittelkrise hat die deutsche G7-Präsidentschaft auf Initiative von Ministerin Svenja Schulze und mit Unterstützung der Weltbank das **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** initiiert. Im Rahmen ihres Bekenntnisses zum Bündnis haben die G7-Staaten **4,5 Mrd. USD** zugesagt, um die am stärksten gefährdeten Menschen vor Hunger und Mangelernährung zu schützen. Ziel ist es, eine schnelle und koordinierte Reaktion auf die globale Ernährungskrise zu ermöglichen. Mit dem **Global Food and Nutrition Security Dashboard** hat das Bündnis ein erstes Instrument geschaffen, um schnell und zielgenau gegen Hunger reagieren zu können. Die interaktive Karte bündelt alle relevanten Informationen zur globalen Ernährungssicherheit und zeigt aktuelle Krisenreaktionen sowie den weiteren politischen Handlungsbedarf auf.

Zudem haben die G7-Staaten die Initiative **„CompensACTION for food security and a healthy planet“** ins Leben gerufen. Damit bringen sie Ausgleichsmechanismen an Kleinbäuer*innen für deren Beiträge zum Schutz des Ökosystems voran. Deutschland unterstützt dafür den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in der Umsetzung eines ersten Pilotprojekts mit 15 Mio. EUR.

3. Die G7 setzen Zeichen für sozial gerechten Klimaschutz und Biodiversitätserhalt

Klimaschutz bleibt ein **Schwerpunkt der G7**. Im Fokus stand 2022 die Weiterentwicklung der **Just Energy Transition Partnerships (JETP) mit ambitionierten Partnerländern**. So sollen ambitionierte **Klimareformen unterstützt** und konkrete Reformschritte in enger Abstimmung mit **multilateralen Entwicklungsbanken** erreicht werden. Nachdem die G7-Partner und die EU 2021 die erste JETP mit **Südafrika** verkündet hatten, konnten 2022 mit **Indonesien** und **Vietnam** zwei weitere JETPs vereinbart werden. JETPs mit weiteren Partnerländern werden aktuell verhandelt.

Um die ökologische Transformation sozial gerecht zu gestalten, setzen sich die G7 unter anderem verstärkt für mehr **grüne Jobs und Kompetenzen** sowie für den **Zugang zu sozialer Sicherung für bis zu 1 Milliarde** mehr Menschen bis 2025 auch in ärmsten Ländern ein. In Abstimmung mit der Weltbank und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wirkt das BMZ darauf hin, dass diese enger zusammenarbeiten, um soziale Sicherung und menschenwürdige Arbeit voranzubringen. Denn soziale Sicherung schafft Sicherheit in Krisen und beugt ihnen vor: sie hilft, Grundbedürfnisse zu decken und ein (weiteres) Abrutschen in Armut zu verhindern. Schließlich setzen sich die G7 gemeinsam mit den G20 dafür ein, die zunehmende **Schuldenlast** in Entwicklungsländern zu **reduzieren**, auch durch eine bessere Einbindung privater Gläubiger in Schuldenrestrukturierungen sowie die Förderung von Schuldentransparenz und Schuldenmanagement. Finanzielle Kapazitäten in den Partnerländern sind eine der Voraussetzungen für eine sozial gerechte ökologische Transformation.

Eine wichtige Initiative zum Umgang mit den gravierenden Folgen des Klimawandels ist der **Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken**, den Deutschland als G7-Präsidentschaft gemeinsam mit den Vulnerable Twenty (V20) – der Gruppe der durch den Klimawandel besonders verwundbaren Staaten – gestartet hat. Bei dieser Initiative werden gemeinsam mit den am stärksten betroffenen Ländern Schutzpakete entwickelt, um die Menschen finanziell gegen klimabedingte Verluste und Schäden abzusichern. Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesministerin Svenja Schulze haben den Schutzschirm, den das BMZ mit einer Anschubfinanzierung von **170 Mio. EUR** unterstützt, offiziell auf der 27. Weltklimakonferenz in Scharm El-Scheich vorgestellt.

Die G7-Staaten sehen **Klimaschutz und Biodiversitätserhalt als eng miteinander verbunden**. Sie vereinbarten, sich dafür einzusetzen, den Biodiversitätsverlust aufzuhalten und umzukehren, unter anderem durch Unterstützung für ein ambitioniertes globales **Biodiversitätsrahmenwerk** sowie durch eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel bis 2025. Die G7 appellierten ferner an die multilateralen Entwicklungsbanken, ihre Biodiversitätsfinanzierung zu erhöhen und gezielt offenzulegen. Deutschland stellt **ab 2025 jährlich 1,5 Mrd. EUR** bereit und verdoppelt damit seinen Beitrag.

4. Die G7 setzen sich mit einer feministischen Entwicklungspolitik für die Gleichstellung der Geschlechter weltweit ein

Die G7 haben sich im Geiste einer **feministischen Entwicklungspolitik** dazu bekannt, die **gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben** zu fördern.

So wollen die G7-Staaten den Anteil der Entwicklungsmaßnahmen für die **Stärkung von Frauen und Mädchen** in den nächsten Jahren steigern und diesen Anteil auch transparent ausweisen. Das BMZ hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2025 den Anteil der Projektmittel, die Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel haben, auf über 90 Prozent zu steigern. Auch haben sie sich zum ersten Mal ausdrücklich zu Maßnahmen bekannt, die die **Inklusion von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen und queeren Personen (LGBTIQ+)** stärken.

Die G7 erkennen darüber hinaus die **ungleiche Verteilung von Sorgearbeit** als Hindernis für die Gleichstellung der Geschlechter an. Deshalb fördern sie die **Invest in Childcare Initiative** der Weltbank mit 79 Mio. USD (Deutschland: 20 Mio. EUR). Der Fonds unterstützt den Zugang zu qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung weltweit.

5. Die G7 engagieren sich für die Stärkung weltweiter Gesundheits- und sozialer Sicherungssysteme, die Vorbeugung künftiger Pandemien sowie die Verbesserung des weltweit gerechten Zugangs zu Impfstoffen

Der Schlüssel zur Überwindung der COVID-19-Pandemie ist der **global gerechte Zugang zu COVID-19-Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika**. Die **G7-Staaten** bekannten sich daher zur ausreichenden **Finanzierung der Kooperationsplattform Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A)** mit dem Ziel, die akute Pandemie im Jahr 2022 beenden zu können. Im Rahmen ihrer „**Last Mile**“-Initiative fördern sie zusätzlich die **Impfstofflogistik vor Ort**, insbesondere in **Afrika**. Die G7 einigten sich zudem darauf, dass der gerechte Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten auch durch die Unterstützung beim Auf- und Ausbau von **Impfstoff- und Medikamentenproduktion in Entwicklungs- und Schwellenländern** sichergestellt werden soll.

Entscheidend für die Vorsorge gegen künftige Pandemien sind neben der Unterstützung von Partnerländern bei der Stärkung ihrer Gesundheits- und sozialer Sicherungssysteme auch internationale Regelungen und Instrumente für **Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktionsfähigkeit**. So wurde während der deutschen G7-Präsidentschaft der Boden für den „**Pandemic Fund**“ zur Finanzierung von Pandemieprävention bereitet, der schließlich im G20-Rahmen lanciert wurde. Alle G7-Staaten beteiligen sich mit finanziellen Beiträgen.

Nachdem die COVID-19-Pandemie hier weltweit zu großen Rückschritten geführt hat, soll das Engagement für **sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** weiter ausgebaut werden.

Die Bedeutung der Muskoka-Initiative für Mutter-Kind-Gesundheit wurde in diesem Zuge hervorgehoben. Auch aufgrund ambitionierter G7-Zusagen konnte zudem der **Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM)** mit einer Rekordzusage von **15,7 Mrd. USD** erfolgreich aufgefüllt werden. Auch an der Wiederauffüllung der **Global Polio Eradication Initiative (GPEI)** mit **2,6 Mrd. USD** beteiligten sich die G7 mit einem entscheidenden Beitrag und tragen damit zur Ausrottung von Polio in Entwicklungsländern bei.

6. Die G7 ermöglichen zukunftsorientierte Infrastrukturinvestitionen für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung für die Erreichung der Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sowie der internationalen Klimaziele. Darunter fallen beispielsweise **Investitionen in die sozial gerechte Energiewende** und in **Gesundheitsinfrastruktur**. Deswegen hat die Bundesregierung die unter britischer Präsidentschaft 2021 gegründete G7-Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen (G7 PGII) mit konkreten entwicklungspolitischen Vereinbarungen hinterlegt und weiterentwickelt.

So haben die G7-Staaten vereinbart, **bis 2027 600 Mrd. USD** an öffentlichen und privaten Mitteln für Infrastruktur-Investitionen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu mobilisieren. Zur Umsetzung dieser Finanzierung sollen **langfristige Partnerschaften für nachhaltige Infrastruktur zwischen G7- und Partnerländern** gegründet werden, wie z.B. die Just Energy Transition Partnerships (siehe 3.). Ein zentrales Anliegen ist es, **Investitionen des Privatsektors** – etwa über die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen und die Vorbereitung bankfähiger Projekte – zu erleichtern und durch öffentliche Mittel zu hebeln. Deutschland stellt in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel für Projektvorbereitungsprogramme von Entwicklungsbanken zur Verfügung.

Weitere Informationen:

[Deutsche G7-Präsidentschaft 2022 | BMZ](#)

[Internationale Expertenkonferenz über den Wiederaufbau der Ukraine](#)

[Bündnis für globale Ernährungssicherheit](#)

[Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken](#)

[Feministische Entwicklungspolitik](#)

[Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen](#)